

Laibacher Zeitung.

Nr. 162.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 18. Juli

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1867.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 17. Juli.

Das Handschreiben Napoleons an Rouher erfährt eine verschiedene Beurtheilung durch die Conjecturalpolitiker. Während nämlich die Einen darin ein entschiedenes Dementi der Nachrichten über die bevorstehende Entlassung des Staatsministers sehen, dessen Enthebung ein Zurückweichen vor der Kammermajorität bedeuten müßte, glauben Andere, daß das Schreiben nur die Bestimmung habe, den nahen Rücktritt Rouhers zu maskiren und ihn nicht als eine Niederlage nach Innen erscheinen zu lassen. In Paris läßt man es sich nicht nehmen, an einen großen Krieg als den besten Ableiter für innere Verwicklungen zu glauben. Anlaß dazu bietet die Vermehrung der Infanterie um 200 Compagnien, welche man durch die Unterbringung von 32 Compagnien der in Mexico verwendeten Armee nicht genügend gerechtfertigt hält.

Die nächste, sich unabweisbar an diesen Conjecturen anschließende Frage ist die der Allianzen, wenn uns auch das Thema etwas verfrüht scheinen muß. Bei dem unlenkbar gespannten Verhältnisse Frankreichs zu Preußen ist der Gedanke an eine Bundesgenossenschaft des förmlich aus Deutschland ausgeschlossenen Oesterreich mit Frankreich ein sehr natürlicher. Etwas gewagt scheint uns schon die Combination, welche Italien den Dritten im Bunde sein läßt. Zwar ist seit der Abtretung des Venezianischen an Italien kein Grund zu Mißbilligkeiten mit unserem Nachbar vorhanden, und die Frage des Trentino wird sich wohl ohne Blut und Eisen lösen lassen, auch unsere Handelsinteressen neigen einer Verbindung mit Italien zu, allein welchen Zweck sollte die Allianz mit Italien für uns haben? Eher läßt es sich denken, daß Italien, wie bisher schon mehr als einmal, im Schlepptau der französischen Politik schwimmen werde.

7. Sitzung des Herrenhauses

am 15. Juli.

(Schluß.)

Graf Leo Thun sagt, es sei durch die Zugeständnisse an Ungarn die Macht der österreichischen „Staats-

idee“ geschwächt worden. Bei solcher Bewandniß gäbe es keine andere Aufgabe, als die, die aus den Zugeständnissen hervorgegangenen Vortheile nicht zu gefährden, die darin liegenden Gefahren aber abzuschwächen. Allenthalben im Kaiserstaate höre man den Ruf: „Freiheit haben wie drüben“, man verlange diesseits der Leitha ein Landesministerium, und doch handle es sich hier nicht um ein Land, sondern um Königreiche und Länder. Weil jenseits der Leitha ein Landesvertheidigungs-Minister sei, verlange man auch diesseits der Leitha einen solchen, und doch möchte Redner die Landesvertheidigung des Staates nur einem „österreichischen Kriegsminister“ anvertraut wissen. Das Wort „Parität“ sei ein politisches Schlagwort, und mit diesem zu experimentiren, sei gefährlich. Da sich niemand mehr zum Worte meldet, wird die Generaldebatte geschlossen.

Se. Excellenz Reichskanzler Freiherr v. Beust: So aufmerksam ich der soeben vernommenen Rede gefolgt bin, so ist mir das Eine nicht möglich gewesen, darin einen anderen Weg zu entdecken, den der geehrte Herr Redner der Regierung und dem Hause vorschlägt, indem er den von der Regierung selbst betretenen und wiederum von der Commission dem Hause empfohlenen widerräth. Daher könnte ich wohl vom praktischen Standpunkt mich einer Entgegnung enthalten. Ich will es auch im allgemeinen in Bezug auf dasjenige thun, was der geehrte Redner in Bezug auf das bereits Gesagene gesagt hat. Soll einmal auf die Bergangenheit zurückgegangen werden, so steht es, glaube ich, auch den Vertretern der Regierung zu, sich darin keine Grenzen zu stecken und weiter zurückzugehen. Da würde es denn wohl möglich sein, auch darauf hinzuweisen, daß manches geschehen ist, nicht gerade in der allerjüngsten Zeit, was vielleicht nicht die Staatsidee, aber den Staat geschädigt hat, und nach meiner Auffassung ist die Schädigung der Sache empfindlicher, als die Schädigung der Idee. Was aber das gegenwärtig Vorliegende, die gegenwärtig gestellte Aufgabe betrifft, so halte ich mich an das, was der geehrte Herr Redner selbst gesagt hat, daß es darauf ankomme, die guten Resultate desjenigen, was an Ungarn zugestanden worden ist, festzuhalten, und die Nachtheile, die daraus entstehen können, möglichst abzuschwächen, ihnen vorzubeugen. Von diesem Standpunkte aus die Sache betrachtet, ist es aber gewiß dringend nothwendig, daß man nicht zuwartend, zögernd sich verhalte, sondern

daß man handelnd und verhandelnd eintritt, und gerade von diesem Standpunkte aus ist ein Vorgehen angezeigt.

Andererseits aber kommt es ja jetzt eben darauf an, daß man bei dieser Verhandlung, welche nach der einmal eingenommenen Stellung beider Häuser des Reichsrathes die allein wichtige ist, nämlich bei der Lösung der finanziellen Frage, aus Werth gehe, und zwar in einer Weise, um ein befriedigendes Entgegenkommen von der ungarischen Seite zu erleichtern und nicht zu erschweren.

Darum hat die geehrte Commission mit großem Rechte darauf hingewiesen, daß man möglichst, ich möchte sagen mehr theoretische und staatsrechtliche Discussionen in diesen Deputationsverhandlungen abschneide und ganz in Uebereinstimmung mit dem im ungarischen Landtage gefaßten Beschlusse die Parität und das Delegationsprincip als nicht streitig hinstelle.

Was aber die ferneren Consequenzen betrifft, die an dieses Wort „Parität“ geknüpft werden, so glaube ich, daß die Erörterung dieser Frage mit dem unmittelbar vorliegenden Gegenstande wohl nicht zusammenhängt.

Bei der Verhandlung zwischen den beiderseitigen Deputationen kann wohl das, was auf dieser Seite zu geschehen hat, nämlich im Gesetzgebungswege, nicht in Frage kommen. Das wird allein und ausschließlich Gegenstand der Berathung in beiden Häusern des Reichsrathes sein, und dann allein für die Regierung auch ein Anlaß gegeben sein, darauf einzugehen.

Graf Leo Thun: Ich bitte ums Wort.

Präsident: Die Generaldebatte ist geschlossen.

Berichterstatter Freiherr v. Krauß: Die Frage, ob das hohe Haus zur Annahme des vorliegenden Gesetzes berufen sei, steht meiner Ansicht nach gegenwärtig schon außerhalb der Discussion.

Das hohe Haus ist in Folge allerhöchsten Befehles hier erschienen, um die Gesetze, welche ihm vorgelegt worden sind, nach bestem Gewissen und in jenem Geiste, welcher die Wohlfahrt des Reiches fördern soll, zu beurtheilen und entsprechende Vorschläge zu machen. Ich erlaube mir weiter die Bemerkung, daß im vorliegenden Gesetze vorbereitende Schritte zur weiteren Verhandlung vorgeschlagen werden. Sollte man schon bei diesem vorbereitenden Schritte solche Schwierigkeiten machen, so

Feuilleton.

Wippacher Causerien.

St. Veit, Mitte Juli.

A. J. Raum sind einige Wochen vergangen, seit der Feuilletonist mit seinen liebenswürdigen Lesern ein Ständchen verplant, und schon liegt es centnerschwer auf seinem Herzen, er möchte der unbequemen Last sich entledigen. Zwar weiß er Geheimnisse zu wahren — er plaudert nur im traulichen Leserkreise, natürlich unter strenger Discretion — aber doch gibt es Augenblicke, wo er unter keiner Bedingung schweigen möchte, besonders dann, wenn die Periode seines Schweigens so stürmisch gewesen, wie das eben verfllossene Interregnum.

Ja, Stürme gab es im stillen Wippacher Thale, zuvörderst hervorgerufen durch die „Causerien“, welche mitunter nicht stich- und hiebste Interpreten finden. Man ist bemüht, dem im Wippacher Thale so unpfählich aufgetauchten Feuilletonisten den Boden zu unterminiren, so daß er eines schönen Tages direct in den Sollenpfuhl zu versinken oder hoch in die Lüfte geschleudert zu werden geacht sein muß. Es werden nämlich von einer gewissen kleinen „Größe“ alle erdenklichen Anstrengungen gemacht, um demselben in freundschaftlicher Weise entgegenzukommen und so viel wie möglich für sein Bestes zu wirken.

Befagte „Größe“ soll auch gesonnen sein, in der nächsten Gemeinderathssitzung einen Antrag des Inhaltes einzubringen: „Der bekannte Anstifter, der durch seine „Causerien“ das Land, insbesondere aber Wippach unsicher mache, sei durch einen Senatsbeschuß des Landes zu verweisen und diese Strafe sofort und ohne Aufschub an ihm zu vollziehen.“ Zum Glück für den Feuilletonisten steht der „Größe“ allein da und ist trotz seiner Bemühungen noch immer nicht Gemeinderath, kann also obige Petition vorläufig nicht einreichen.

Diese und ähnliche Machinationen sind indeß Schreckschiffe, abgeseuert hinter einem schützenden Busche, weil der Schliche — vielleicht aus Furcht vor den Pfeilen des Feuilletonisten — sich aus seinem sichern Verstecke nicht herauswagt; ernstere Gefahren

drohen von einer andern Seite. Raum war nämlich die Kunde, der Feuilletonist habe es gewagt, die Wippacher Trauben krank zu finden, ins Volk gedungen, als sich dicke Menschenmassen auf den Straßen zusammenrotteten; Unheil verkündendes Summen drang in die Lüfte und geballte Fäuste wiesen nach der Wohnung des arglos zum Fenster hinausschauenden Feuilletonisten. Endlich erschien eine Deputation in der Person zweier handfester Dorfinsassen, welche gegen die Verbreitung von derlei alarmirenden Gerüchten feierlich ihr Veto einlegten, widrigenfalls —. Der Feuilletonist gab den guten Leuten den Rath, das Thal durch eine Mauer von der übrigen Welt abzuschließen, damit keinerlei Nachrichten aus denselben dringen können; zur Verhütung der Gemüthserkrankung aber ist er gerne bereit, die Trauben als gesund zu erklären, wenn nämlich seinem Worte eine heilkräftige Wirkung zugeschrieben wird.

Doch nun zu etwas anderem, zum Theater! Theater? Sie staunen, Verehrte! Sie lächeln unglaublich? Glauben Sie etwa, im Lande Krain genieße nur die Hauptstadt das Privilegium, ein Theater zu besitzen? Glauben Sie, Wippach sei die letzte unter den Städten Krains? Auch diesem Orte ist Heil widerfahren, und zwar durch das Erscheinen einer wunderbaren Gesellschaft, die in einem geräumigen Saale deutsche Vorstellungen gab. Leider war die Saison nur von kurzer Dauer, da Theaterdirectoren bekanntlich einen besondern „horror vacui“ haben. — Die Mimen sind nun nach Adelsberg gereist, in der Hoffnung, dort ein für ihr Wirken empfänglicheres Publicum zu finden.

Nebst derlei „willkommenen“ wird Wippach auch von unbekannten Gästen heimgesucht, welche sich mit Fachkenntniß aufs Bitten verlegen. Es sind dies gewöhnliche und ungewöhnliche Bettler, die einem so lange in's Gewissen reden, bis sie, wenn nicht dieses, doch die Borse erleichtern. Ein hiesiger Geschäftsmann, der seinen Tribut nur mit einem Rentner auf die Person bezahlt, brachte es trotzdem im Laufe eines Tages auf 60, sage ich 60 Kreuzer! Doch so Genügsame, deren Forderung mit einem Kreuzer befriedigt wäre, gibt es nicht immer; mehrere erheben höhere Ansprüche. So trat unlängst ein verdächtig aussehendes Individuum an den arglos promemirenden Feuilletonisten heran und begann ohne weitere Einleitung: „Herr, ich wünschte Geld!“ Obgleich der Patient in diesem Wunsche nicht vereinzelt dasteht, so staunte doch der Feuilletonist über die prägnante

Kürze und präcise Einfachheit des Ausdrucks, womit der Bittsteller seiner Großmuth keinerlei Schranken setzte, und ging, ohne den Wunsch zu befriedigen, nachdenklich seiner Wege.

Es werden mitunter ganz sonderbare Zumuthungen gestellt; eine solche war auch folgender originelle Einfall einer hierorts vor Zeiten bekannten Persönlichkeit. Dieselbe machte nämlich die überraschende Entdeckung, daß ihre Haare gleich abgeblühten Blumen nachgerade den Boden zu verlieren begannen. Um seinem theuren Haupte das Ansehen der Jugendlichkeit möglichst lange zu erhalten, sann der Mann hin und her, endlich hatte er gefunden. Eines Tages wanderte eine kleine Schachtel „ohne Werth“ mittelst Dampf nach Wien unter der Adresse des medicinischen Collegiums. Der Inhalt war ein Büschelchen Haare und ein beiliegendes Billet stielte an die Aoriphäen der Medicin die höfliche Bitte, diese Haare einer genauen Analyse beizugeben. Entdeckung des darin befindlichen Krankheitsstoffes zu unterziehen und die Mittel zur Entfernung desselben anzugeben. Allein zu seinem nicht geringen Befremden langte das Gutachten herab, es sei kein Krankheitsstoff entdeckt worden. Auf welches Mittel der Patient dann verfiel, sagt die Chronik nicht, hoffentlich wird's eine Perrücke gewesen sein.

Um übrigens höhere Anschauungen zu gewinnen, macht der Feuilletonist morgen, falls Jupiter pluvius keine Einsprache erhebt, eine Fußpartie auf den Nanos, doch nicht allein, sondern in Gesellschaft von sehr liebenswürdigen Damen. Das schöne Geschlecht ist gegenwärtig hier durch die reizendsten Erscheinungen aus dem Jenseits — der Berge d. i. aus Laibach vertreten und soll den jungen Löwen des Thales die Köpfe warm machen. Wenn man dem Localblatte Glauben schenken darf, so stehen in Kürze mehrere Duelle bevor — ob blutig oder nicht, ist Nebensache — und es würde den Feuilletonisten keineswegs Wunder nehmen, wenn er sich unverhofft in eine derartige Affaire, sei es auch nur als Zeuge, verwickelt sähe. Ob seine Befürchtungen begründet sind oder nicht, sollen die geneigten Leser nächstens erfahren, sobald derselbe von der projectirten Partie, an der eine sehr zahlreiche Gesellschaft Theil nehmen will, wohlbehalten zurückkehrt. Also à revoir nach der Nanospartie.

würde man noch weniger Aussicht haben, den Streit zu beendigen, der schon so lange Jahre dauert und dessen Beendigung allseits gewünscht wird.

Die Specialdebatte wird eröffnet.

Dr. Arndts hält an seinen Anschauungen, die er in der Adressdebatte dargelegt, fest, allein dies hindere ihn nicht, an der Verathung über das Gesetz theilzunehmen, indem er sich der Ansicht, welche die Majorität des Hauses durch Annahme der Adresse geäußert, unterwirft. Redner will aber an die Stelle des Wortes: Parität „principielle Anerkennung der Gleichberechtigung beider Reichshälften“ gesetzt sehen. Ritter von Schmerling sucht die Einwände der Herren Doctor Hasner und v. Willerstorf betreffs des Wortes Parität mit Hinweis auf die Ansichten der Commission zu entkräften; die Commission war sich, wie Redner sagt, klar, daß sie hier das erste mal, gewiß aber nicht das letzte mal in der Lage sein werde, eine vollkommen freie Beschlußfassung gar nicht eintreten zu lassen, da Momente eingetreten sind, die es dem Reichsrathe zur traurigen aber nothwendigen Pflicht machen, das Geschehene als geschehen hinzunehmen, und aus dem Schiffbruche noch zu retten, was eben noch zu retten ist.

Die Commission folgerte nur, daß das Princip der Parität nur insoweit anerkannt werde, als es sich um die Verhandlungen der Deputation handelt.

Se. Excellenz Reichskanzler Freiherr v. Beust: Sie werden mir gestatten, mit wenigen Worten im Anschlusse an dasjenige, was der letzte geehrte Sprecher sagte, dem hohen Hause dringend dieselbe Fassung zur Annahme zu empfehlen, wie die Commission solche dem hohen Hause vorgeschlagen hat, und darum zu bitten, daß hier eine Aenderung nicht vorgenommen werden möchte. Ich glaube und ich bin fest überzeugt, daß den Gesichtspunkten, welche Se. Excellenz der Herr Viceadmiral v. Willerstorf geltend gemacht hat, am besten und schnellsten Rechnung getragen werden wird, wenn die Deputationen in möglichst kurzer Zeit und unter möglichst geringen Schwierigkeiten zusammentreten.

Gerade durch die Fassung, welche dem Beschlusse des ungarischen Landtages gegeben worden ist und wovon die hier vorgeschlagene Fassung das Echo ist, gerade dadurch ist der Deputation die Freiheit gegeben, solche Fragen zur Erledigung zu bringen, von deren Wichtigkeit eben hier gesprochen worden ist.

Sehr richtig hat der Commissionsbericht an einer anderen Stelle hervorgehoben, daß der Beschlußfassung des Reichsrathes über die Feststellung der gemeinsamen Angelegenheiten jetzt durchaus nicht vorgegriffen wird. Wohl aber soll die Verathung der Deputationen, welche sich vorzugsweise mit finanziellen und volkswirtschaftlichen Fragen zu beschäftigen haben, die Basis schaffen, welche es erst beiden Häusern des Reichsrathes ermöglichen wird, zu übersehen, ob sie schließlich ihre Zustimmung zu der neuen Ordnung der Dinge geben sollen oder nicht. Vor allem aber ist es ein dringendes Bedürfnis, daß diese Deputationen zusammentreten, und ich möchte nur nicht eine Schwierigkeit dadurch entstehen sehen, daß in einer zu großen Abweichung des diesseitigen Beschlusses von dem, welcher ungarischerseits gefaßt worden ist, das dortige Ministerium ein Bedenken finden könnte, der dortigen Deputation dieselbige Ermächtigung zu ertheilen, zu welcher es durch den Landtag berufen worden ist, nämlich die Ermächtigung, in das Vernehmen mit der diesseitigen Deputation zu treten.

Es würde eine nicht ganz richtige Voraussetzung sein, hieraus zu folgern, daß man sich hierseits ganz allein nach dem zu richten habe, was dort geschieht. Nein, ich muß das hervorheben, daß der Beschluß des ungarischen Landtages ursprünglich in einer Weise beabsichtigt war, daß er den Deputationsverhandlungen eine engere Grenze gezogen hätte, als es hier gewünscht wurde, und nachdem diese Concession jenseits stattgefunden hat, so ist es allerdings sehr zu wünschen, daß auch hierseits keine Schwierigkeit ohne dringende Noth gemacht werde und daß man bald in die Verhandlung eintrete.

Berichterstatter Freih. v. Krauß replicirt auf die Bemerkung, daß mit den im 67er-Elaborat aufgezählten gemeinsamen Angelegenheiten schon eine definitive Bestimmung gegeben sei.

Dies sei nicht der Fall, denn das 67er-Elaborat zählt bloß die aus der pragmatischen Sanction hervorgehenden gemeinsamen Angelegenheiten auf, lasse aber auch noch weitere ausdrücklich zu.

Wenn im Gesetzentwurfe von Parität gesprochen sei, so sei dieser Ausdruck nur als das Mittel zur Verathung der Deputation anzusehen, und es sei natürlich, daß bei zusammengefügten parlamentarischen Körpern diejenigen Theile, welche denselben bilden, im Verhältnisse der Parität einander gegenüberstehen müssen.

Dieser Zusatz sei daher nur gemacht worden, um nicht Fragen zur Sprache zu bringen, die das ganze Werk zum Scheitern bringen können.

Ueber den Umfang der gemeinsamen Angelegenheiten und über die Verhandlungsart der Delegationen sei im vorliegenden Gesetzentwurfe gar nicht gesprochen.

Bei der hierauf folgenden Abstimmung wird die vom Freiherrn v. Willerstorf beantragte Fassung abgelehnt und die der Commission mit allen gegen eine Stimme (Hofrath Hasner) angenommen.

Ebenso werden die folgenden Absätze des Commis-

sionsantrages ohne Debatte angenommen und hierauf der Gesetzentwurf selbst über Antrag des Berichterstatters sogleich in dritter Lesung zum Beschlusse erhoben.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Commission über den Gesetzentwurf betreffend den § 13 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung.

Berichterstatter Hofrath Hasner verliest den Bericht und stellt im Namen der Commission folgenden Antrag:

Das h. Haus wolle dem Gesetzentwurfe zur Abänderung des § 13 des Gesetzentwurfes über die Reichsvertretung in der Form, wie er aus der dritten Lesung des Abgeordnetenhauses hervorgegangen ist, seine Zustimmung ertheilen.

Da weder in der General-, noch in der Specialdebatte jemand das Wort nimmt, so wird zur Abstimmung geschritten, und hiebei werden die einzelnen Absätze des beantragten Gesetzentwurfes angenommen und über Antrag des Berichterstatters sogleich der Gesetzentwurf in dritter Lesung zum Beschlusse erhoben.

Die Sitzung wird hierauf um 1 Uhr 30 Min. geschlossen.

Präsident bestimmt die nächste Sitzung für Donnerstag und stellt auf die Tagesordnung den Gesetzentwurf über die Ministerverantwortlichkeit.

20. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 16. Juli.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister Graf Taaffe, Ritter v. Hye.

Präsident Dr. Giskra eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 40 Minuten.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird vorgelesen und genehmigt.

Die eingelaufenen Petitionen werden dem Petitionsausschusse zugewiesen.

(Unter den Emläufen befindet sich die Eingabe eines Wiener Kaufmannes, welcher ein Project zur Deckung der Staatschuld und Hebung der Volkswirtschaft überreicht. Dasselbe wird unter Heiterkeit des Hauses dem Finanzausschusse zugewiesen.)

Der Abg. Ljubiša und Genossen richten an das Finanzministerium (mit Hinweisung auf den in Dalmatien herrschenden Mangel an Silbergeld) folgende Interpellation:

Gedenkt die Regierung dem Reichsrathe ein Gesetz zur verfassungsmäßigen Behandlung vorzulegen, nach welchem Dalmatien von der Entrichtung des Zolles in Silbergeld befreit werden würde? Oder will wenigstens die Regierung anordnen, daß der Zoll auch in Papiergeld mit dem sich monatlich nach dem Course der Wiener Börse durchschnittlich ergebenden Zuschlage gezahlt werden dürfte? Oder im schlimmsten Falle: Will die Regierung die dalmatinischen Zollämter mit Silbergeld versehen, damit es die Kaufleute dort nach dem Course der Wiener Börse kaufen könnten?

Präsident erklärt, er werde diese Interpellation Sr. Excellenz dem Herrn Finanzminister übermitteln.

Se. Excellenz Minister des Innern Graf Taaffe legt den Entwurf eines Gesetzes betreffend das Vereins- und Versammlungsrecht zur verfassungsmäßigen Behandlung auf den Tisch des Hauses nieder.

(Wird dem bestehenden Ausschusse für den Antrag van der Straß zugewiesen.)

Es wird zur Tagesordnung geschritten.

Erster Gegenstand: Bericht der zur Vorberathung des Strafgesetzentwurfes bestellten Ausschüsse.

Berichterstatter Dr. Mühlfeld erstattet den Bericht.

Der Ausschuss stellt folgende Anträge:

Das hohe Haus wolle beschließen:

1. Es werde die in dem von der Regierung vorgelegten Strafgesetzentwurfe beobachtete Zweitheilung der Delikte in Verbrechen und Vergehen genehmigt.

2. In dem neuen Strafgesetze solle die Todesstrafe beseitigt werden, wobei, ob und inwiefern ausnahmsweise die Todesstrafe für die Fälle des Krieges und der Meuterei zur See Anwendung finde, den Kriegsgesetzen und dem Seerechte zu bestimmen ebenso vorbehalten bleibe, wie die Bestimmung einer Ausnahme für den Fall des Standrechtes der Strafproceßordnung angehöre.

3. Der in dem Regierungsentwurfe durchgeführte Unterschied entehrender und nicht entehrender Strafen mit dem Vorbehalte der richterlichen Macht, auch im einzelnen Falle, in welchem nach dem Gesetze eine entehrende Strafe zu verhängen wäre, eine nicht entehrende eintreten zu lassen, sei festzuhalten.

4. Das Princip des Regierungsentwurfes, daß Freiheitsstrafen jeder Art, insoweit die dazu erforderlichen Räumlichkeiten vorhanden sind, in der Regel in Einzelhaft abgebußt werden sollen, werde mit dem ohne Einschränkung auf eine Zeit zu beobachtenden Verhältnisse eines in Einzelhaft zugebrachten Zeitraumes zu demjenigen, während dessen man sich in gemeinschaftlicher Haft befand, wie 1 : 2 anerkannt.

5. Das in dem Regierungsentwurfe anerkannte Princip der bedingungsweisen Entlassung der Sträflinge werde, jedoch in der Art, daß dieselbe als Rechtsinstitut zu bestehen habe, gebilligt.

Eine Generaldebatte findet nicht statt, weshalb die Debatte über den Antrag 1 eröffnet wird.

Abg. Dr. Waser spricht gegen diesen Antrag. In solchen rein wissenschaftlichen Fragen gebe es keine politischen und keine Parteirücksichten, weshalb er auch keinen Anstand nehme, gegen den Ausschussantrag zu sprechen und zu stimmen. Ihm scheint die beabsichtigte Zweitheilung den praktischen Verhältnissen nicht entsprechend, um so mehr, als er nicht wisse, wann das Polizeistrafgesetzbuch, auf welches verwiesen wird, erscheinen würde und ob es überhaupt schon in Angriff genommen sei.

Es sei nicht richtig, daß, wenn dieses Gesetz zu Stande komme, es nur Verbrechen und Vergehen mehr geben werde, denn es blieben noch alle jene Uebertretungen, welche das bisherige Strafgesetzbuch normirt, aufrecht, ferner alle jene Uebertretungen, welche durch Specialgesetze normirt werden, wie das Pressgesetz, das Waffenpatent etc. Es sei aber auch nicht richtig, wie der Motivenbericht sagt, daß nur unmittelbare Rechtsverletzungen in Zukunft Verbrechen und Vergehen begründen; denn Kuppelei, das americanische Duell, das Vergehen regierungsfeindlicher Kundgebungen etc. enthalten keine unmittelbaren Rechtsverletzungen. Aber auch die Kriterien, welche zum Unterschiede zwischen Verbrechen und Vergehen aufgestellt wurden, seien wenig stichhältig.

Diese Zweitheilung entspreche aber auch nicht der Forderung der Humanität und der Gerechtigkeit. Man könne ohne Gefährdung der öffentlichen Sittlichkeit das Gebiet der Criminalität beschränken. Diese Zweitheilung sei aber um so weniger zulässig, als es dadurch möglich wird, daß ein Vergehen schärfer bestraft wird als ein Verbrechen. Sie könne aber auch störend auf den Strafproceß wirken, denn diese Zweitheilung sei processualistischer Natur. Er würde auch nicht wünschen, daß den administrativen Behörden irgendwelche Strafgewalt eingeräumt werde, und deshalb müßten die bisherigen Uebertretungen auch in das Gebiet der Strafrechte einbezogen werden.

Redner würde wünschen, daß die Strafgesetznovelle, welche im Jahre 1864 von dem damaligen Ausschusse verfaßt wurde, wieder aufgenommen würde, sonst müsse er befürchten, daß, wenn in der Verathung der gegenwärtigen Vorlage fortgefahren wird, wir über Jahr und Tag noch nichts haben. Er stelle aber keinen speciellen Antrag.

Es meldet sich niemand mehr zum Wort. (Se. Exc. Reichskanzler Freih. v. Beust erscheint auf der Ministerbank.)

Berichterstatter Dr. v. Mühlfeld: Wenn das Haus mit den Intentionen des Herrn Vorredners einverstanden wäre, so müßte das Haus beschließen, daß die Verathungen über das vorgelegte Strafgesetz eingestellt und der Ausschuss mit der Ausarbeitung einer Novelle betraut werde.

Der Herr Vorredner kenne das Strafgesetz zu genau, um zu glauben, daß, wenn eine Reihe von Aenderungen durch eine Novelle beschlossen werde, der Rest des Strafgesetzes gut wäre. Er erinnere da nur an die Fragen der Zurechnung und der Schuld, um zu zeigen, wie nothwendig eine gründliche Aenderung sei. Diese Arbeit zurückzuweisen, nachdem die Regierung selbst eine Vorlage machte, könnte niemand befürworten. Redner wendet sich gegen die Ausführungen des Vorredners über die beabsichtigte Zweitheilung und sagt, daß damit gewiß nicht ausgeschlossen sei, daß es außer diesen zwei Gattungen von Delikten noch andere geringere geben würde, aber mit diesen beschäftige sich eben das vorliegende Gesetz nicht.

Die Frage, ob einer administrativen Behörde eine richterliche Gewalt eingeräumt werden soll, sei eine Frage, die heute nicht Gegenstand der Verhandlung, und es werde seinerzeit zur Entscheidung kommen, welche Behörde die Uebertretungen zu ahnden habe. Er könne aber jetzt schon dahin aussprechen, daß nach seiner Ueberzeugung nicht alle Uebertretungen aus der Competenz der administrativen Behörden ausgeschieden werden können. Denn er könne sich nicht denken, daß jemand, der die Anordnung, daß ein Hemmschuh einzulegen sei, verlegt, deshalb vor den Richter gebracht und gegen ihn ein gerichtliches Verfahren eingeleitet werde.

Wenn der Herr Vorredner hervorgehoben, daß nach dem neuen Gesetze ein Vergehen härter bestraft werden könnte als ein Verbrechen, so sei dies wohl begründet, weil oft eine „culpa“ größer sein könne als ein „dolus“, und um in dieser Beziehung das Gleichgewicht herzustellen, müßte bei der Beibehaltung der Bezeichnung des Delictes doch das Strafausmaß ein verschiedenes sein. Redner schließt mit der Empfehlung des Ausschusses antrages.

Se. Excellenz Justizminister Ritter v. Hye ergreift das Wort für den Ausschussantrag.

(Schluß folgt.)

Oesterreich.

Wien, 15. Juli. Die Journale veröffentlichen den Bericht des zur Prüfung der Finanzlage niedergesetzten Ausschusses, welcher sich in dem Beschlusse geeinigt hat, dem Hause die Annahme einer Adresse an den Kaiser zu empfehlen, in welcher im Wege ehrfurchtsvoller Bitte die Anschauungen des Hauses bezüglich der Errichtung

eines besonderen Landesministeriums zum Ausdruck gelangen sollen. — Im confessionellen Ausschusse wurde vorgestern der Herbst'sche Antrag verathen. Dr. v. Mühlfeld sprach sich gegen die abgeforderte Behandlung des Schulgesetzes und des Ehegesetzes, wohl aber für die abgeforderte Entwerfung eines Gesetzes über die Wiederherstellung der weltlichen Gerichtsbarkeit in Ehefachen aus; er glaubt, daß die ersten beiden Gesetze nur im Zusammenhange mit dem Religions-Gesetze behandelt werden sollen. Bezüglich des beantragten Gesetzentwurfes über die interconfessionellen Verhältnisse bemerkt Redner, daß derselbe einen wesentlichen Bestandtheil des Religions-Gesetzes bilde und daher auch nicht abgesondert zu behandeln sei. Die Abgeordneten Ziblikiewicz, Schneider, Sturm, Kuzanda, Dienstl, Cardasch und Herbert sprechen sich dagegen für die Empfehlung der im Herbst'schen Antrage vorgeschlagenen formellen Behandlung aus. Zum Punkt 1 des Herbst'schen Antrags wurde von mehreren Ausschüßmitgliedern eine Erweiterung dahin gewünscht, daß der zu verfassende Gesetzentwurf sich nicht auf die bloße Wiederherstellung des Eherechts des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuchs beschränke, sondern auch zeitgemäße Abänderungen ins Auge gefaßt würden. Bei der Abstimmung werden die Anträge des Professors Herbst mit dem zum Punkte 1 rüchlich der wünschenswerthen Abänderungen gestellten und von Dr. Sturm formulirten Amendement angenommen. Nachdem der Ausschüß sich noch dahin einigte, daß durch die Ausarbeitung der beschlossenen speciellen Gesetze die Verathung des Religionsgesetzes nicht hintangesezt werden solle, wird zum Berichterstatter über die von Dr. Herbst vorgeschlagene formelle Behandlung der beantragten Gesetzentwürfe Dr. Sturm gewählt.

West, 16. Juli. Der ungarische Handelsminister hat die Verfügung getroffen, daß die commerciellen Berichte der Consulate auch an das ungarische Handelsministerium gelangen und im ungarischen Amtsblatte veröffentlicht werden. Dasselbe theilt heute bereits einige Consulate-Berichte mit.

Triest, 15. Juli. Bei der heutigen Stadtrathswahl des dritten Wahlkörpers wurde der Candidat der Rechten Bielli mit großer Majorität gewählt.

Ausland.

Florenz, 14. Juli. In der gestrigen Abend-sitzung der Kammer theilte Rattazzi mit, die Regierung werde einen Gesetzentwurf behufs Stiftung einer eigenen Medaille für diejenigen einbringen, welche sich bei den Maßregeln gegen die Cholera durch besonderen Eifer auszeichnen. Der Bischof von Caltanissetta, der während der Epidemie eine wahrhaft apostolische Thätigkeit entfaltete, erhielt das Comthurkreuz des St. Moriz- und Lazarusordens. — Herr Bischof wurde statt des in Ruhestand versetzten und zum Conte ernannten Herrn Nebandengo zum Generalintendanten des k. Hauses ernannt. — „Diritto“ meldet gerüchtwiese, eine beträchtliche Zahl von Abgeordneten wolle den Antrag stellen, das Ministerium Ricasoli wegen der Mission Tonello's in Anklagestand zu versetzen.

Paris, 15. Juli. Fortsetzung der Kammer-sitzung. Favre verlangt, daß die Regierung in Zukunft sich in einen engeren Verkehr mit der Kammer seze. Rouher weist im Namen der Regierung das Wort „in Zukunft“ zurück. Die auseinandergesetzte Politik sei keine neue. Die Discussion über die diplomatischen Unterhandlungen wurde zurückgewiesen. Favre fragt, ob die Regierung nicht die Absicht habe, diplomatisch zu Gunsten der Kretenser zu interveniren. Rouher antwortet, die Frage bilde Gegenstand der Fürsorge der Regierung, welche das Blutvergießen aufhalten will, das Gegenstand europäischer Beunruhigung sei. Es sei noch nicht möglich, zu sagen, ob die Pforte die beantragte Enquete annehmen werde. — Der „Constitutionnel“ erfährt, der Kaiser werde während des Monats August ins Lager von Chalons gehen und sodann Anfangs September mit der Kaiserin nach Biarritz abreisen. Diese Absichten wurden nach answärts mitgetheilt, damit die Fürsten, welche einen Besuch beabsichtigen würden, verständigt seien, daß nach dem Monate August Ihre Majestäten von Paris abwesend sein werden.

Athen, 14. Juli. Zwei den Griechen durch das philhellenische Comité in London angebotene Dampfer sind in Ehra angekommen. — Nachrichten aus Canea bestätigen das Mißlingen der Versuche Omer Pascha's, in Sphakia einzubringen.

New-York, 14. Juli. Die New-Yorker Blätter vom 2. d. bringen endlich die ersten Nachrichten über den Tod Maximilian's. Der „Tribune“ wird aus New Orleans, 30. Juni, Folgendes gemeldet: „Eine österreichische Kriegsschuluppe traf heute in South-West-Pas ein und gab Depeschen für die österreichische Regierung zur Beförderung auf. Die Nationalflagge war schwarz verhüllt, und dieser Umstand, sowie die Zurückhaltung der Officiere sind bedeutsam. Die Officiere erzählten, daß Mexico am 20. Juni gefallen sei, aber die Details der Uebergabe seien bei ihrer Abreise von Vera-Cruz noch nicht bekannt gewesen.“ Im Anschluß hieran theilt das New-Yorker Blatt folgende Depeschen mit: Capitän Groller an Wydenbruck. Ich komme von Vera-Cruz, um Ihnen die Verurtheilung und den Tod

des Kaisers Maximilian, welcher am 19. d. M. erfolgte, zu telegraphiren. Präsident Suarez verweigert die Auslieferung der Leiche. Groller, Capitän der österreichischen Schuluppe. South-West-Pas, Louisiana via New Orleans. — Commandant Roy an Marineminister Walles. Maximilian wurde am 19. d. erschossen. Ich verwendete mich sehr warm zu Gunsten der Auslieferung der Leiche an den österreichischen Capitän, wurde jedoch abgewiesen. Die Stadt Mexico wurde am 20. übergeben. Vera-Cruz hält sich noch wegen der Fremdenlegion. Diaz befahl die Uebergabe nicht anzunehmen. Ich steuere in Gesellschaft des Jazon zwischen Nollia und der Nordbastion. Briefe durch die Post. F. A. Roy, Commandant. Vereinigten Staaten-Dampfer Tacony. Vera-Cruz, 25. Juni, via New Orleans, 30. Juni. Als die Depesche Groller's am 29. Juni in Washington eintraf, war, wie der Tribune aus Washington gemeldet wird, Freiherr v. Wydenbruck eben abwesend. Der österreichische Gesandtschafts-Secretär sendete am nächsten Tage ein Kabel-Telegramm an Kaiser Franz Joseph und Napoleon, worin er die Hinrichtung Maximilian's meldete. Das Ereigniß hat in Washington unter den ausländischen Gesandten große Aufregung hervorgerufen. Fast alle Gesandten begaben sich am 30. nach der österreichischen Botschaft, um ihr Beileid auszudrücken und die letzten Nachrichten zu erfahren. Auch Grant erhielt ein Privat-Telegramm des Generals Sheridan, worin dem Wesen nach dasselbe gemeldet wird. Man glaubt in New York, daß Suarez nur widerstrebend seine Zustimmung zur Hinrichtung gegeben habe. Als der Bote, welchen die americanische Regierung an Suarez gesendet hatte, um die Schonung des Lebens Maximilian's zu empfehlen, seine Depeschen überreichte, sagte Suarez, daß er wohl geneigt sei, Maximilian zu schonen, daß jedoch das Drängen der mexicanischen Führer und des Volkes auf die Hinrichtung so mächtig sei, daß es ihm unmöglich sein werde, demselben zu widerstehen.

Tagesneuigkeiten.

— (Allerhöchster Gnadenact.) Herr Kaspar, der frühere verantwortliche Redacteur der „Politik“, erhielt am 14. d. eine Zuschrift des k. k. Landes- als Strafrichters in Prag, worin derselbe davon verständigt wird, daß ihm von Sr. k. k. apostol. Majestät über die Bitte des Herrn Reichskanzlers Freiherrn v. Beust mit allerhöchster Entscheidung vom 12. d. M. die wegen des Vergehens gegen die Sicherheit der Ehre verwirkte Strafe und deren Folgen allernachst nachgesehen worden sind. Herr Kaspar war bekanntlich wegen Ehrenbeleidigung des Freiherrn v. Beust zu sechsmonatlichem Arrest verurtheilt worden.

— (Die Rinderpest) ist in Ungarn in der ersten Hälfte des Monats Juni im Bihar Comitate erfolgt, dagegen im Oedenburger Comitate zum Ausbruch gekommen. Die Seuche herrscht demnach in der Gemeinde Gpular des Besefer und Donnerstirchen des Oedenburger Comitates und auf der Moriz-gater Pusta der zu Klein-Rumanien gehörigen Stadt Laßhaza.

— (Journalistisches.) Dem „Pester Journal“ hat das königlich ungarische Ministerium des Innern das Recht übertragen, die amtlichen Rundmachungen für Ungarn in deutscher Sprache einzuschalten.

— (Ein Uebungsmarsch.) Vor einigen Tagen machte die Jansbruder Garnison einen Uebungsmarsch, der wohl selten vorkommen dürfte. Die Truppen (Regiment Rainer, Kaiserjäger und eine Gebirgsbatterie) erließen, in Bataillonscolonnen formirt, auf weg- und steglosen Bahnen in 7 Stunden die 7000 Fuß hohe Spitze des Patscher Kofels. FML. Baron Ruhn stand der erste auf der Spitze. Abends nach 8 Uhr zogen die Truppen mit klingendem Spiele wieder in Jansbruck ein.

— (Consequenz einer Kröte.) Einen eigenthümlichen Fall von der Klugheit einer Kröte hat ein Lehrer zu Pichelsdorf Jahre lang beobachtet. Vor nunmehr zehn bis zwölf Jahren bemerkte eines Morgens der Lehrer vor einem seiner Bienenstöcke eine große, rostgraue Kröte, die daselbst mehrere matte Bienen verpeist, und wirt mit einem Spaten die Kröte weit ins Feld hinaus. Am nächsten Morgen sieht wieder ein solches Thier vor dem Bienenstock. Dem Lehrer kommt der Gedanke, es könne dies wohl dieselbe sein, die er gestern fortgeworfen; um sich zu überzeugen, ob dieselbe nochmals wiederkehren wird, fängt er sie und umbindet den Hinterleib mit einem blauen Faden, worauf er das Thier durch einen Knaben in einem Topfe bis ans Wasser tragen und dort hineinwerfen läßt. Am zweiten Tage darnach sieht die Kröte mit dem blauen Faden wieder vor dem Bienenstock. Diesmal wird sie nach einer anderen, entfernteren Stelle hingetragen. Den vierten Tag hat sie durch Wiese und Feld den Weg zum Bienenstock richtig wiedergefunden und wird diesmal vom Lehrer selbst weit hinweggebracht, so daß die Entfernung, zur Größe des Thiers in Verhältniß gebracht, mehrere Meilen betrug. Nach ungefähr acht Tagen sah die Kröte wieder, Bienen fangend, vor dem Stode. Jetzt gab er seine Versuche auf, sie zu verzagen und wegzubringen, um so mehr, als er die Bemerkung gemacht haben will, daß es dem Thiere nur gelingt, franke und matte Bienen zu fangen, gesunde bekommt es nicht. Eine ganze Reihe von Jahren hat der Lehrer die Kröte mit dem blauen Bändchen beobachtet, bis vor einiger Zeit ein Blitz sie sich zur Beute ersehen und er dadurch seinen Bienenstockgänger verloren hat.

Locales.

— (Hundesteuer.) Das h. Staatsministerium hat das vom Landtage beantragte Gesetz, wornach jede Gemeinde das Recht zur Einführung der Hundesteuer genießen soll, zur allerh. Genehmigung aus dem Grunde nicht vorgelegt, weil im § 3 sich der Landtag ein Recht beilegt, welches nur den Gemeinden zusteht. Der Landesausschüß hat demnach in der letzten Sitzung beschlossen, in dem neuen Entwurfe diesen Paragraph wegzulassen.

— (Frach oder Zurka?) Wir erhalten eine Zuschrift des Herrn J. Vilhar, worin die im Feuilleton der „Laibacher Ztg.“ vom 15. v. M. erzählte Zurka-geschichte vollständig dementirt wird. Herr Vilhar könne uns wenigstens 30 österreichische Slaven nennen, die Zurka oder Camara trugen, als sie der Kaiser von Rußland am 26ten Mai in Carlsruhe selb im „großen goldenen Saale“ begrüßte. Wir registriren diese weltgeschichtliche Thatsache.

— (Concurs.) Von der hohen Landesbehörde wird der Concurs ausgeschrieben um die erledigte Stelle eines Bezirkscommissärs zweiter Classe bei den k. k. Bezirksämtern in Krain, mit einem Jahresgehalte von 900 fl. Bewerber haben ihre documentirten Gesuche bis 5. August einzureichen.

— (Feuersbrunst.) In Bojnava bei Tschernembl sind in der Nacht vom 12. auf den 13. d. M. 5 Häuser und mehrere Wirthschaftsgebäude abgebrannt.

Aus der Sitzung des Gemeinderathes vom 17. Juli.

Der Herr Bürgermeister beantwortete die Interpellation des Herrn Dr. Valenta wegen der Benützung des Kofler Bassins durch das Damenpublicum mit der von uns gestern gebrachten Mittheilung. Sodann theilte er mit, daß ein Einschreiten des Lehrkörpers der k. k. Oberrealschule an den Gemeinderath eingelangt sei, womit derselbe um sogleiche Inangriffnahme des Schulbaues und Berücksichtigung der Wünsche des Lehrkörpers bei demselben bittet. Der Bürgermeister beantragt, diese Eingabe, deren Erledigung dem Gemeinderathe nicht zustehe, dem krainischen Landesausschüß mit dem Ersuchen abzutreten, dieselbe an das bestehende Realschul-Comité zu leiten und dem Gegenstande die vollste Aufmerksamkeit zuwenden zu wollen.

Ferner theilt Bürgermeister eine Präsidialverordnung der hohen Landesregierung mit, womit aus Anlaß des heftigen Auftretens der Cholera in Bosnien und Montenegro und deren Ausbreitung nach Dalmatien und Galizien dem Magistrat Wachsamkeit in der Handhabung der Sanitätspolizei und allfällige vorbeugende Maßregeln empfohlen werden. Der Bürgermeister theilt mit, daß er aus diesem Anlasse beschlossen habe, eine städtische Sanitätscommission, wie sie schon während der vorjährigen Epidemie bestanden, zu constituiren und dieselbe demnächst zu einer Verathung zu berufen. Diese Commission werde selbstverständlich unter dem Vorsitze des Herrn Bürgermeisters bestehen aus 2 sachverständigen Gemeinderäthen (Dr. Bleiweis und Dr. Valenta), dem Obmanne der Polizeisection (Dr. Supantisch), 5 Gemeinderäthen zur Ueberwachung der einzelnen städtischen Districte (Herrn Verhousz, Debeuz, Schwentner, Mahr, Doctor Drel), dem Herrn Magistratsrath Jeras, den 4 Herren Stadträthen Dr. Coloretto, Dr. v. Stöckl, Gregoritsch und Finz, endlich dem Herrn Magistratsconcipisten Perona und dem Herrn Marktcommissär Tomz.

Der Herr Bürgermeister theilt ferner mit, daß die Baucommission zur Sicherung der beiden Brückenköpfe den Beschluß gefaßt habe, in den am Laibachflusse anzulegenden Quai einen nach dem bisherigen Plane nicht berücksichtigten Zwischenraum von 2 Metern 2 Schuh einzubeziehen. GN. Stedry spricht gegen die Basis 7 von Schuh, welche dem Quai gegeben werden soll. Bürgermeister entgegnet, der Gemeinderath könne auf den technischen Theil der Frage nicht eingehen, er werde aber diefalls die commissionelle Behandlung veranlassen.

Weiters theilt der Herr Bürgermeister eine Eingabe des bei der Handelskammer für die Tracirung der Laibach-Willacher Eisenbahn niedergelegten Comité's um eine Unterstützung mit und beantragt, dieselbe an die Finanzsection zur weiteren Erledigung zu leiten, was angenommen wird.

Schließlich theilt der Herr Bürgermeister mit, Se. kaiserlich-königliche Gnade habe zugesagt, den Trauergottesdienst für Kaiser Maximilian selbst celebriren zu wollen und es sei dessen Abhaltung auf den kommenden Mittwoch den 24. d. M. 10 Uhr Vormittags anberaumt worden, worüber die Einladung an die Behörden, sowie an die Bevölkerung seinerzeit erfolgen werde.

Dr. Bleiweis interpellirt den Herrn Bürgermeister, ob derselbe nicht geneigt wäre, auf die Eigenthümer der am Laibachflusse gelegenen Häuser wegen Verschönerung der dem Ufer zugekehrten Fronten im geeigneten Wege einzuwirken, selbstverständlich ohne einen Zwang anzuwenden? Bürgermeister sagt zu, glaubt jedoch, daß damit einstweilen umso mehr zuwarten wäre, bis die Arbeiten weiter vorgerückt seien, als mit der Legung der Eisenbahntheile zur Brücke schon nächste Woche begonnen werde.

Herr Dr. Valenta interpellirt wegen der Entrichtung der Brückenmauth durch die Bewohner der Vorstadt Fühnerdorf an der Carlstädter Linie, welche auch für den ärztlichen Verkehr drückend sei, worauf Bürgermeister, indem er das Begründete der Beschwerde anerkennt, erwidert, alle diefallsigen Beschwerden seien bis zu höchster Stelle abschlägig beschieden worden.

Herr Dr. Supantisch interpellirt wegen der vorkommenden Ablagerungen von Schutt und anderem Unrath in die Laibach, worauf Bürgermeister entgegenet, es möge jede solche ungesetliche Handlung angezeigt werden, wozu deren strenge Bestrafung erfolgen werde.

Es referirt sodann Herr M. Bürger im Namen der Bau-Section über die von derselben als notwendig erkannte Quai-Anlegung längs der Häuser Nr. 155, 156, 157 und 158 in der Länge von 28 Rstn. und die diesfalls eingeleiteten Offertverhandlungen. Es wurden drei Offerte eingebracht. Am 11. d. M. vom Herrn Bollheim mit 300 fl. für die Currentklasten, vom Herrn Lenz am 12ten d. M. mit 250 fl. und am 15. d. M. vom Herrn Lucas Lautscher mit 225 fl. und Herrn Töniess mit ebensoviel. In Folge dessen auch Herr Bollheim sein Anbot auf 280 fl. ermäßigte. Die Bau-Section stellt demnach den Antrag: 1. Der Gemeinderath möge die Nothwendigkeit der Ausführung dieser Quais in der Länge von 28 Rstn. anerkennen. 2. Die Arbeit dem Herrn Unternehmer Töniess mit 225 fl. pr. Rstn. überlassen. 3. Den Magistrat ermächtigen, den diesfälligen Vertrag mit Herrn Töniess abzuschließen.

Ueber diesen Antrag entspinnt sich eine vom Herrn M. Stedry angeregte Debatte über die Frage, ob der Unternehmer der Flussbettvertheilungsarbeiten, Herr Bollheim, nicht vertragsmäßig ohnehin verpflichtet sei, die schadhafte Uferstellen längs obigen Häusern herzustellen? Der Bürgermeister klärt auf, daß der fragliche Vertrag höchst mangelhaft und Herr Bollheim nach demselben nur zur Ausbesserung der bestehenden Uferbauten verpflichtet sei, wogegen Herr Stedry an seiner Ansicht festhält, daß Herr Bollheim verpflichtet sei, das Ufer zu schützen, also diese Arbeiten herzustellen.

Herr Dr. Schöppel bekräftigt die Ansicht des Bürgermeisters und fügt bei, daß die dem Herrn Bollheim zugewiesenen Arbeiten seinerzeit commissionell bestimmt worden seien. M. Horat unterstützt den Antrag der Bau-Section, indem er die precäre Lage der fraglichen Häuser darstellt. Dr. Bleiweis meint, man solle vorher die Finanz-Section vernehmen, ob die Mittel vorhanden seien? Bürgermeister theilt mit, diese Arbeit sei in Präliminare zwar nicht vorgesehen, aber es sei ein Betrag von 34.000 fl. für Neubauten angelegt, die heuer nicht zur Ausführung kommen werden. Die Deckung sei also vorhanden. Ohnehin sei diese Ausgabe durch die eingeleitete Offertverhandlung von dem veranschlagten Betrage pr. 8400 fl. auf 6300 fl. herabgemindert worden, was gewiß sehr mäßig sei, da der Unternehmer Bollheim erklärte, die Häuser nicht unter 285 fl. herstellen zu können. M. Dr. Bleiweis stellt zu dem Antrage der Section das Amendement, es möge vor Ausführung des Baues die jedenfalls streitige Frage ausgetragen werden, ob die Stadt zur Herstellung verpflichtet sei? Es wäre also mit Hrn. Bollheim in Verhandlung zu treten, um den Betrag zu bestimmen, welchen er vermöge seiner vertragsmäßigen Verpflichtung als Ersatz für die ihm sonst obliegende Uferbaute leisten soll.

M. Deschmann spricht Zweifel aus, daß die Mittel für diesen Bau vorhanden wären. Man habe im Präliminare die gleich ursprünglich beschlossenen Quaiarbeiten (6000 fl.) ebensovienig als die neue Fortsetzung (6300 fl.), zusammen daher 12.300 fl. berücksichtigt, und es wäre überhaupt gegen die Grundsätze geregelter Finanzwirtschaft, Ausgaben, die man schon bei Abfassung des Präliminaries als unvermeidlich erkennen mußte, in dasselbe nicht aufzunehmen. Uebrigens glaubt er, daß die Hausebesitzer zur Beitragsleistung aufzufordern seien.

Gegen diesen letzteren Antrag wendet sich M. Horat, indem er die gedrückte Lage der betreffenden Hausebesitzer schildert.

M. Schwentner schließt sich Horat an und unterstützt den Antrag der Section und des Bürgermeisters. Dr. Bleiweis resumirt endlich den Inhalt der Debatte dahin, daß man in der Anerkennung der Dringlichkeit der Arbeit sowohl, als der Bedachtnahme auf die städtischen Finanzen übereinstimme und kann nicht begreifen, warum man Herrn Bollheim ganz aus dem Spiel lassen solle. Nachdem noch Herr Dr. Schöppel auf die Dringlichkeit des Gegenstandes aufmerksam gemacht, wird der Antrag der Section mit dem Amendement des Dr. Bleiweis und in dem

Sinne, daß die Arbeiten durch die einzuleitende Verhandlung mit Herrn Bollheim nicht unterbrochen werden sollen, angenommen und die Sitzung vom Vorsitzenden geschlossen.

Telegramme.

Wien, 17. Juli. (Tr. Z.) Das Abgeordnetenhaus nahm den Antrag des Strafgesetzschausses betreffs der Zweitheilung der Delicte in Verbrechen und Vergehen an und verwarf den Antrag des Ausschusses auf Abschaffung der Todesstrafe nach mehrstündiger Debatte mit 79 gegen 56 Stimmen.

Wien, 17. Juli. (Tr. Ztg.) In der gestrigen Unterhausung legte Minister Taaffe den Regierungsgesetzentwurf über die Vereine vor. Beide Häuser werden Anfangs August für sechs Wochen vertagt werden. Bei der Abstimmung über den Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe stimmten die Minister gegen den Antrag. Die Ankunft des Sultans soll am 26ten d. M. erfolgen.

Florenz, 15. Juli. In der heutigen Kammer-sitzung fand die Debatte über die von Ferrari eingebrachte Interpellation statt. Mehrere Deputirte bringen Anträge ein, welche das frühere Ministerium tabeln und die gegen die gesetzlichen Prärogative der Nation gerichteten Acte, welche sie durch die Ernennung der Bischöfe und andere an Rom gemachte Zugeständnisse als verlegt erachten, für null und nichtig erklären. Rattazzi weist nach, er könne die Acte der früheren Verwaltung nicht als null und nichtig ansehen, und erklärt, das Ministerium werde keine weitere bischöfliche Ernennung vornehmen. Es werden mehrere Vorschläge eingebracht, unter anderen der einfache Uebergang zur Tagesordnung. Rattazzi weist den letzteren Antrag zurück und sagt, bei dieser Tagesordnung wüßte er nicht die genaue Ansicht der Majorität über die obschwebenden wichtigen Fragen. Ricasoli rechtfertigt seine Handlungsweise, deren Zweck gewesen, Europa zu beweisen, daß die italienische Regierung mit moralischen Mitteln nach Rom gehen wolle, indem sie dem Papste Garantien für die absolute Unabhängigkeit der Kirche gebe. Die einfache Tagesordnung wird mit 251 gegen 116 Stimmen abgelehnt. Zehn Deputirte enthielten sich der Abstimmung. Mancini beantragt hierauf folgende Tagesordnung: „Die Kammer, indem sie Act nimmt von der Erklärung der Regierung, daß ohne ein Specialgesetz keine Neuernung zum Nachtheile der Rechte und Prärogative der Civilgewalten in kirchlichen Dingen eingeführt werden kann, und indem sie erwartet, der Minister werde die Hoheitsrechte des Staates und die Würde der Nation unverfehrt bewahren, geht zur Tagesordnung über.“ Rattazzi nimmt diese Tagesordnung an, weist jedoch die derselben von der Linken gegebene Auslegung zurück. Einige Deputirte erklären, die Tagesordnung in dieser Form anzunehmen, indem sie dafür halten, daß dieselbe keinen Tadel für Ricasoli enthalte. Der erste Theil der von Mancini beantragte Tagesordnung wird mit Einstimmigkeit und der zweite Theil mit 182 gegen 93 Stimmen angenommen, 21 enthielten sich der Abstimmung.

Paris, 16. Juli. (Tr. Ztg.) Der „Armee-Moniteur“ meldet: Ein kaiserl. Decret vom 13. Mai stellt die im November 1865 aufgehobenen 23 Artilleriebatterien wieder her.

New-York, 6. Juli. 500 Mann der Fremdenlegion aus Mexico erreichten Mobile, viele Mexikaner flüchteten nach Texas; sämmtliche Soldaten des Kaisers verlieren das Bürgerrecht, die ausländischen Soldaten werden verbannt, die Generale des Hochverrathes angeklagt, die Officiere niederer Kategorie 2 bis 6 Jahre eingekerkert.

Telegraphische Wechselcourse vom 17. Juli.

5perc. Metalliques 59.80. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 61.40. — 5perc. National-Anlehen 69.50. — Bankactien 613. — Creditactien 188.80. — 1860er Staatsanlehen 89.60. — Silber 124.75. — London 127.40. — R. f. Ducaten 6.08.

Das Postdampfschiff „Vorussia“, Capitän Franzen, ging, expedirt von Herrn August Volten, William Miller's Nachf., am 13. Juli mit 293 Passagieren nach New-York ab.

Börsenbericht.

Wien, 16. Juli. Im Allgemeinen verkehrte die Böse in besserer Stimmung, ohne wesentliche Veränderungen in Fonds und Actien hervorzurufen. Devisen und Valuten wurden höher bezahlt. Geld flüssig. Geschäft beschränkt.

Öffentliche Schuld.			
A. des Staates (für 100 fl.)		Geld	Waare
In ö. W. zu 5pCt. für 100 fl.	55.—	55.10	
In österr. Währung steuerfrei	60.30	60.40	
Steueranl. in ö. W. v. J. 1864 zu 5pCt. rückzahlbar	40.30	40.50	
Silber-Anlehen von 1864	77.—	78.—	
Silberanl. 1865 (Pres.) rückzahlb. in 37 Jahr. zu 5pCt. 100 fl.	82.—	83.—	
Nat.-Anl. mit Jän.-Coup. zu 5%	69.90	70.—	
„ „ „ „ Apr.-Coup. „ 5%	69.75	69.85	
Metalliques „ „ „ 5%	59.25	59.40	
„ „ „ „ „ 5%	61.80	61.90	
„ „ „ „ „ 4 1/2%	52.—	52.25	
Mit Verlos. v. J. 1839	145.—	145.—	
„ „ „ „ 1854	76.75	77.—	
„ „ „ „ 1860 zu 500 fl.	90.40	90.50	
„ „ „ „ 1860 „ 100 „	93.75	94.—	
„ „ „ „ 1864 „ 100 „	78.30	78.40	
Commo-Reutenfch. zu 42 L. aust.	17.25	17.75	
B. der Kronländer (für 100 fl.)		Gr.-Entf.-Oblig.	
Niederösterreich „ zu 5%	88.—	89.—	
Oberösterreich „ „ 5%	90.50	91.50	

Geld Waare			
Salzburg „ „ zu 5%	86.—	87.—	
Böhmen „ „ „ 5%	89.50	90.—	
Mähren „ „ „ 5%	89.50	90.—	
Schlesien „ „ „ 5%	88.50	89.—	
Steiermark „ „ „ 5%	89.50	90.—	
Ungarn „ „ „ 5%	70.25	70.75	
Temeser-Banat „ „ „ 5%	69.—	69.50	
Croatien und Slavonien „ 5%	75.—	75.50	
Galizien „ „ „ 5%	68.50	69.—	
Siebenbürgen „ „ „ 5%	67.—	67.50	
Bukovina „ „ „ 5%	67.50	68.—	
Ung. m. d. B.-C. 1867 „ 5%	67.50	68.—	
Öst. B. m. d. B.-C. 1867 „ 5%	67.40	67.60	
Actien (pr. Stüd.)			
Nationalbank (ohne Dividende)	716.—	718.—	
R. Ferd.-Nordb. zu 1000 fl. C. M.	1717.—	1720.—	
Kredit-Anstalt zu 200 fl. C. M.	189.—	189.20	
N. d. C. Com.-Ges. zu 500 fl. C. M.	625.—	628.—	
S.-C.-G. zu 200 fl. C. M. o. 500 Fr.	235.—	235.20	
Kais. Elis. Bahn zu 200 fl. C. M.	140.85	141.—	
Süd.-nordb. Ver.-B. 200 „	125.75	126.—	
Süd.-St.-L. ven. u. z. i. C. 200 fl.	191.—	191.50	
Gal. Karl-Lud.-B. zu 200 fl. C. M.	219.50	220.—	

Geld Waare			
Böhm. Westbahn zu 200 fl.	148.—	148.50	
Öst.-Don.-Dampfsch.-Ges.	483.—	484.—	
Deisterreich. Lloyd in Triest	183.—	185.—	
Wien-Dampfm.-Actg. 500 fl. C. M.	425.—	425.—	
Best. Kettenbrücke „	345.—	375.—	
Anglo-Austria-Bank zu 200 fl.	101.—	101.50	
Lemberger Cernowitzer Actien	174.50	175.50	
Pfandbriefe (für 100 fl.)			
Nationalbank auf verlosbar zu 5%	98.50	98.75	
Nationalb. auf 3. B. verlosb. 5 „	93.85	94.—	
Ung. Bod.-Cred.-Anst. zu 5 1/2%	91.—	91.50	
Allg. öst. Boden-Credit-Anstalt verlosbar zu 5% in Silber	105.50	106.50	
Domainen-, 5perc. in Silber	112.—	112.50	
Loose (pr. Stüd.)			
Cred.-A. f. S. u. G. zu 100 fl. C. M.	126.25	126.50	
Don.-Dampfsch.-G. zu 100 fl. C. M.	86.—	87.—	
Stadtb. Ofen „ 40 „ C. M.	23.—	24.—	
Esterhazy „ 40 „ C. M.	90.—	93.—	
Salm „ 40 „ „	29.—	30.—	
Palffy „ 40 „ „	25.—	25.50	

Geschäfts-Beitung.

Steierische Stahl- und Eisengessellschaft. Der „Economist“ enthält das Programm der steierischen Stahl- und Eisengessellschaft (the styrian Steel and Iron Company), deren Bankiers in Wien die Herren Weiskirchen und Comp. sind. Das Capital ist auf 500.000 Pf. St. in 25.000 Actien zu 20 Pf. St. festgesetzt. Die erste Ausgabe enthält 12.500 Aktien, wovon die Hälfte für England reservirt ist. Kauf, Pachtung und Selbstbetrieb zweckdienlicher Eisenwerke in Steiermark und Beförderung der betreffenden Verbindungswege bilden die Haupttendenzen. Die Directoren verzichten auf jede Remuneration, insoweit die Actionäre nicht eine 10percentige Dividende erhalten. Dieselben haben sich der Mitwirkung des Herrn Friedrich Krupp jun. verpflichtet, welcher mehrere Jahre hindurch in dem technischen Departement der Stahlwerke in Essen in Rheinpreußen verwendet worden war.

Verlosung vom 15. Juli. Salm-Lose. Der Haupttreffer von 20.000 fl. C. M. fiel auf Nr. 62229; der zweite Treffer von 2000 fl. auf Nr. 24217; der dritte Treffer von 1000 fl. C. M. auf Nr. 76588; Nr. 34664 und Nr. 53182 gewinnen je 200 fl. C. M.; Nr. 30617 36118 7943 und Nr. 79886 gewinnen je 120 fl. C. M.; Nr. 11074 21541 24245 51157 70118 70806 88836 und Nr. 91463 gewinnen je 110 fl. C. M.; endlich Nr. 5338 11591 11605 18698 22889 24550 31941 36558 50975 55182 58692 63726 und Nr. 66918 gewinnen je 100 fl. C. M. Außerdem wurden noch 470 Nummern mit dem Gewinnste von je 60 fl. C. M. gezogen.

Waldstein-Lose. Der Haupttreffer von 25.000 fl. C. M. fiel auf Nr. 96632; der zweite Treffer von 2000 fl. C. M. auf Nr. 53308; der dritte Treffer von 1000 fl. C. M. auf Nr. 23997; ferner gewinnen Nr. 50741 und 66791 je 500 fl. C. M.; Nr. 5125 8656 76085 87948 und Nr. 88072 je 100 fl. C. M.; Nr. 4076 12346 12476 16040 37824 40288 47885 54799 91863 und Nr. 99714 gewinnen je 50 fl. C. M.; endlich Nr. 12581 13732 15448 19043 20672 24353 35068 35954 45024 45598 52221 58210 65115 65673 66709 68027 73572 83295 88419 und Nr. 91467 gewinnen je 40 fl. C. M.

Laibach, 17. Juli. Die Durchschnitts-Preise stellten sich auf dem heutigen Markte, wie folgt:

	Mitt.		Mitt.			Mitt.		Mitt.	
	fl.	kr.	fl.	kr.		fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen pr. Megen	5 35	7 32	Butter pr. Pfund	—	40	—	—	—	—
Korn	2 60	3 27	Eier pr. Stüd	—	13	—	—	—	—
Gerste	2 50	3	Wich pr. Maß	—	10	—	—	—	—
Hafer	1 80	1 92	Rindfleisch pr. Pfd.	—	21	—	—	—	—
Halbfrucht	—	4 7	Kalbsteisch	—	20	—	—	—	—
Heiden	3 60	3 22	Schweinefleisch	—	22	—	—	—	—
Hirse	3 10	3 10	Schöpfenfleisch	—	12	—	—	—	—
Kukuruz	—	3 55	Hühner pr. Stüd	—	25	—	—	—	—
Erbsen	1 60	—	Lanben	—	12	—	—	—	—
Linzen	5	—	Hen pr. Zentner	—	60	—	—	—	—
Erbsen	4 80	—	Stroh	—	50	—	—	—	—
Fisolen	5 50	—	Holz, hart, pr. Rst.	—	7 50	—	—	—	—
Rindeschmalz Pfd.	—	42	„ weiches „	—	5 50	—	—	—	—
Schweineeschmalz „	—	44	Wein, rother, pr.	—	—	—	—	—	—
Speck, frisch „	—	35	„ Cimer	—	12	—	—	—	—
„ geräuchert „	—	40	„ weißer „	—	13	—	—	—	—

Angekommene Fremde.

Am 16. Juli.

Stadt Wien. Die Herren: Schmid, Baumeister, von Eilli. — Staudacher und Michen, Handelsst., Köthel und Stampfel. — Kaufst., von Gottsche. — Rau, Handelsm., von Nürnberg. — Klein, Fabrikbeamter, von Eibiswald. — v. Romano, k. l. Oberstleutnant, von Triest. — Goldnagl, k. l. Beamter, von Wien. — Dr. Scaria. — v. Sabornegg, k. l. Bezirkscommissär, von Radmannsdorf.

Elephant. Die Herren: Zupančič, Student, und Tausig, Kaufm., von Wien. — Baron Tansferr, Herrschaftsbes., von Weizelburg. — Rigaud, Literat, von Linne. — Rappus, Realitätenbes., von Steinbüchl. — Frau Valencik, Gutsbes., von Jllhr.-Feistritz.

Kaiser von Oesterreich. Herr Mojzes, von Brod a. d. Kulpa. **Baierischer Hof.** Die Herren: Gershel, Agent, von Triest. — Kaiser, von Görz. — Kalan, Secedat, von Pola. — Frau v. Seio, Gastgeberin, von Doleac.

Mohren. Herr Pichter, Kaufm., von Eilli.

Lottoziehung vom 17. Juli.

Wien: 83 42 29 26 90.

Graz: 4 67 26 22 66.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Zeit	Barometerstand in vacuo reducirt auf 0° R.	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Art und Menge des Funnels	Wetterstand in Laibach am 17. Juli
6 U. Mg.	325.24	+13.4	Windstill	halbheiter	
12 „ „	324.70	+21.6	D. schwach	theilw. bew.	3.30
10 „ Ab.	326.23	+13.0	Windstill	ganz bew.	Regen

Nachmittag um 3 Uhr Gewitter aus N.O. von kurzer Dauer, Regen abwechselnd.

Verantwortlicher Redacteur: Rana v. Kleinmayr

Verantwortlicher Redacteur: Rana v. Kleinmayr